

**Niederschrift über die  
Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit (10. Wahlzeit) des  
Landkreises Trier-Saarburg  
am 09.04.2018 im Sitzungssaal der Kreisverwaltung in Trier (Öffentlicher Teil).**

Beginn: **17:00 Uhr**

Ende: **18:46 Uhr**

**Anwesenheit**

Vorsitz

Herr Kreisbeigeordneter Helmut Reis            bis 17:25 Uhr  
Herr Landrat Günther Schartz                    ab 17:25 Uhr

Mitglieder

Herr Hartmut Heck  
Herr Sascha Kohlmann                            bis 18:14 Uhr  
Herr Josef Krufft                                    bis 18:40 Uhr  
Frau Dr. Kathrin Meß  
Herr Lothar Rommelfanger  
Frau Dagmar Serowy  
Frau Edith van Eijck  
Frau Heide von Schütz  
Frau Astrid-Juliane Zuche

mit beratender Stimme

Frau Mihaela Petkova Milanova  
Herr Kreisbeigeordneter Helmut Reis            Kreisbeigeordneter  
Herr Klaus-Peter Thiel                            stellv. Behindertenbeauftragter

Verwaltung

Herr Joachim Christmann                        Geschäftsbereichsleiter II  
Herr Hans-Jürgen Haas                            Referent 81  
Herr Detlef Schmitz                                Abteilungsleiter 8  
Frau Andrea Schuh                                Leitstelle Familie  
Herr Horst van Hees                                Abteilung 9 - Gesundheitsamt -

Schriftführer

Herr Engelbert Klassen                            Abteilung 8

Gäste

Herr Prof. Dr. med. Matthias Maschke            1. Vorsitzender Demenz Zentrum Trier  
e.V.  
Frau Uschi Wihr                                    Demenz Zentrum Trier

**nicht anwesend (entschuldigt):**

### Mitglieder

Herr Willi Auler

Herr Walter Bamberg

Herr Artur Scheuer

Frau Renate Kanzler

Vertreter von Herrn Bamberg

Vertreterin von Herrn Auler

### mit beratender Stimme

Herr Dr. Christoph Emmerling

Frau Anne Hennen

Frau Gisela Krämer

Gleichstellungsbeauftragte

### Zur Geschäftsordnung

Der Kreisbeigeordnete Helmut Reis, in Vertretung für Herrn Landrat Schartz, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, die Vorsitzende des Beirates Migration und Integration, Frau Milhaela Petkova Milanova, Herrn Klaus-Peter Thiel, stellvertretender Behindertenbeauftragter, sowie die Vertreter der Verwaltung.

Weiter begrüßt er Frau Uschi Wihr, Pädagogische Leiterin des Demenz Zentrums Trier und Herr Prof. Dr. med. Matthias Maschke, 1. Vorsitzender Demenz Zentrum Trier.

Der Vorsitzende stellt jeweils die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die Tagesordnung wird wie folgt abgewickelt:

### Tagesordnung:

#### **Öffentlicher Teil**

**1. Vorstellung Demenz Zentrum für die Region Trier**

**Vorlage: 0085/2018**

**2. Sachstand Asyl und Fortentwicklung der Betreuung von Flüchtlingen**

**Vorlage: 0097/2018**

**3. Änderung der Delegationssatzungen**

**Vorlage: 0099/2018**

## Öffentlicher Teil

zu 1)

### **Vorstellung Demenz Zentrum Trier für die Region Trier Vorlage: 0085/2018**

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage und bittet Frau Wirth und Herr Prof. Dr. med. Maschke die Arbeit des Demenz Zentrums Trier vorzustellen.

Anhand einer Power-Point-Präsentation stellte Herr Prof. Dr. med. Maschke die Arbeit und insbesondere auch die Finanzierung des Demenz Zentrums Trier vor.

Ebenfalls anhand der Power-Point-Präsentation erläuterte Frau Wihr die Arbeit des Zentrums aus pädagogischer Sicht.

Herr Christmann weist darauf hin, dass es wichtig sei, die Arbeit der freien Träger, wie hier das Demenz-Zentrum, im Ausschuss vorzustellen. Er selbst begleite dieses Projekt bereits seit 12 Jahren und findet die Arbeit sehr wichtig. Weiter geht er noch auf die Finanzierung ein. Nach Ablauf des Modellprojektes werde das Demenzentrum seit 2012 als eigenständiger Verein geführt.

Hiernach beantworten die Vertreter des Demenzentrums Fragen der Ausschussmitglieder.

Um 17:25 Uhr erscheint Herr Landrat Schartz und übernimmt den Vorsitz.

Frau von Schütz will wissen, in welcher Form das Demenzzentrum und die Leitstelle Familie kooperieren.

Frau Schuh teilt mit, dass zwischen der Verwaltung und dem Demenzentrum eine enge und gute Kooperation bestehe. Bereit die Modellphase wurde intensiv durch die damalige Leitstelle „Älter werden“ begleitet und heute durch die „Leitstelle Familie“, auch im Rahmen eines bestehenden Netzwerkes, fortgeführt.

Frau Wihr weist darauf hin, dass eine bestehende Gruppe in Hermeskeil wegen geringer Nachfrage beendet wurde. Die Arbeit im Landkreis selbst stellte sich die Arbeit schwieriger, da offensichtlich hier die Akzeptanz geringer ist. Offensichtlich bestehen hier mehr Tabus im Bezug auf die Demenzerkrankung als im städtischen Bereich.

Der Vorsitzende entgegnet, dass Grund hierfür, die im Landkreis bestehenden anderen Strukturen ist.

zu 2)

**Sachstand Asyl und Fortentwicklung der Betreuung von Flüchtlingen**  
**Vorlage: 0097/2018**

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlagen und die beigelegten Unterlagen und macht hierzu weitere Ausführungen.

Herr Christmann erläutert nun ausführlich den derzeitigen Sachstand und die künftige Verfahrensweise.

Frau Sarowy bittet um Mitteilung wieviel Plätze für Asylbewerber derzeit zur Verfügung stehen und bittet um Erläuterung zu dem Begriff „sozialverträglich“. Herr Schmitz erklärt, dass bei einer sozialverträglichen Belegung in einem Etagenbett nur das untere Bett belegt wird und im Doppelzimmer nur eine Person wohnt. Zu den Belegungszahlen verweist Herr Schmitz auf die der Vorlage beigelegten Aufstellungen.

Weiter will Frau Sarowy wissen, ob das Objekt „Lieblang“ leer steht.

Hierzu teilt Herr Schmitz mit, dass dies zutrefte. Aber auch andere Objekte sind derzeit nicht belegt. Das liegt hauptsächlich an bestehenden Mietverträgen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass es sich hierbei um Vorhaltekosten handele.

Frau von Eijck fragt, ob in dem Beschlussvorschlag die künftigen Kosten konkretisiert werden könne.

Dazu erklärt Herr Christmann, dass dies zurzeit noch nicht möglich sei, da noch weitere Verhandlungen zu führen seien.

Weiter führt Frau von Eijck aus, dass im Rahmen der künftigen Betreuung den Asylbewerbern die Möglichkeit gegeben werden muss, hier „Fuß“ zu fassen. Es darf nicht sein, dass durch fehlende Betreuung in Zukunft höhere Kosten entstehen.

Herr Christmann erklärt, dass bezüglich der Kosten weitere Verhandlungen geführt werden. Ein Ergebnis dürfte bis zur nächsten Sitzung des Kreis Ausschusses vorliegen.

Herr Kohlmann bezeichnet das Projekt als sehr gut. Alle Beteiligten könnten stolz darauf sein.

Er ist jedoch der Auffassung, dass die Planungen nicht „durchgeboxt“ werden sollten. Es müsse genügend Zeit gelassen werden. Wenn konkrete Zahlen durch die Verwaltung vorgelegt werde, müssten diese erst den Fraktionen zur Kenntnis gegeben werden.

Der Vorsitzende teilt hierzu mit, dass die Vorlage an den Kreisausschuss für Mitte Mai geplant sei und eine Entscheidung durch den Kreistag dann am 04.06.2018 erfolgen könne.

Herr Rommelfanger ist der Auffassung, dass die Angelegenheit mit den Verbandsgemeinden besprochen werden sollte und fragt was geschehe, wenn seitens einer Verbandsgemeinde keine Zustimmung erteilen würde.

Hierzu erklärt Herr Christmann, dass die Aufgabe auf die Verbandsgemeinden delegiert sei und diese zur Wahrnehmung verpflichtet sind.

Herr Rommelfanger verweist auf verschiedene Presseberichte, wonach das Anwesen Schmidt-Lieblang als Unterkunft für unbegleitete minderjährige Asylbewerber angedacht sei.

Hierzu teilt Herr Christmann mit, dass es hierzu nicht kam. Nähere Auskünfte hierzu können nur in nichtöffentlicher Sitzung erfolgen.

Herr Krufft fragt, ob die weitere Betreuung nach dem Konzept für alle Flüchtlinge gelte, oder nur für solche die in Gemeinschaftsunterkünften. In der Verbandsgemeinde Ruwer gäbe es eine solche ja nicht.

Herr Christmann teilt mit, dass dies nur für Asylbegehrende in Gemeinschaftsunterkünften gelte.

Weiter will Herr Krufft wissen, ob der jeweilige Verbandsgemeinderat zustimmen müsse.

Herr Landrat teilt mit, dass diese Aufgabe auf die Verbandsgemeinden delegiert ist und somit ein Beschluss des Verbandsgemeinderates nicht erforderlich ist.

Frau von Schütz verweist bezüglich der Unterbringungspflicht auf die verschiedenen Begrifflichkeiten wie Asylbewerber und Asylberechtigte und bittet hierzu um Erläuterungen.

Herr Christmann erklärt hierzu, dass die Unterbringungspflicht für beide Personengruppen gelte, jedoch können Asylberechtigte jederzeit innerhalb des Landes umziehen.

Ergänzend erklärt der Landrat, dass es keine Wohnsitzauflage gebe.

Frau von Schütz fragt, ob im Kuag-Wohnheim auch Frauen und Kinder untergebracht sind.

Im Kuag-Wohnheim, erklärt Herr Haas, sind nur alleinstehende Männer untergebracht.

Herr Kohlmann teilt mit, dass aufgrund eines Wasserschadens das Hotel St. Michael in Kell am See, nicht bewohnbar sei und bittet hierzu um Erläuterung zu dem Sachstand.

Lt. Aussage von Herrn Haas ist die Verbandsgemeinde Kell am See Mieter des Hotels. Die Mietzahlungen seien aber derzeit wegen Unbewohnbarkeit ausgesetzt.

Frau Dr. Meß fragt wie sich die Betreuung in Zukunft gestaltet wird und ob die geplanten Maßnahmen ausreichend seien.

Herr Christmann antwortet, dass aufgrund der stark gesunkenen Flüchtlingszahlen der „Druck“ erstmalig weg sei. Daher sollte die neue Struktur ausreichend sein.

Frau von Schütz will noch Erläuterungen zu den derzeitigen Kosten pro Flüchtling.

Herr Schmitz teilt mit, dass die derzeitige Pauschale von 35 Millionen EUR für Flüchtlinge nach der BAMF-Entscheidung nicht auskömmlich ist.

Herr Landrat teilt hierzu mit, dass nach einer erfolgten Evaluation dieser Pauschale durch Herrn Schmitz eine Matrix erstellt wurde. Hiernach wäre eine Pauschale von ca. 70 bis 80 Mio. EUR erforderlich.

Der Anteil des Landkreises an der Pauschale, so weiter Herr Landrat, beträgt ca. 1,2 Mio. EUR. Der Landkreis lege so ca. 1,5 Mio. EUR „drauf“

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt der Vorsitzende folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit empfiehlt dem Kreisausschuss und dem Kreistag zu beschließen, das Betreuungskonzept „Flucht und Asyl“ nicht über den 31.12.2018 hinaus zu verlängern und stattdessen den Standortkommunen der Gemeinschaftsunterkünfte (Konz, Saarburg und Schweich) ab 01.01.2019 einen Personalkostenzuschuss zu den von den Verbandsgemeinden für die Betreuung der Asylbewerber eingestellten Personal zu gewähren und die Finanzierung der Ehrenamtskoordinatoren auch nach Ende des Projekts „Flucht und Asyl“ im bisherigen Umfang auf Kosten des Landkreises weiter zu finanzieren. Darüber hinaus wird empfohlen, die Migrationsfachdienste in einem noch näher zu bezeichnenden Umfang zu stärken.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig bei 6 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen

zu 3)

### **Änderung der Delegationssatzungen**

**Vorlage: 0099/2018**

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage und macht hierzu weitere Ausführungen. Hinsichtlich der Wahrnehmung der Sozialhilfearbeiten und der Aufgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und der damit beabsichtigten Umsetzung dieser Aufgaben durch eine einheitliche Software, verweist er auf die Landwirtschaftsabteilung. Hier gibt es bereits länger eine bundeseinheitliche einheitliche Software. Gleiches gelte für die Jobcenter.

Herr Schmitz weist darauf hin, dass die seit dem Jahre 1994 bzw. 2005 bestehenden Delegationssatzungen ohnehin geändert bzw. neu gefasst werden mussten.

Herr Krufft unterstützt das Vorhaben und verweist auf die freie Wirtschaft. Es sei höchste Zeit für eine solche Anpassung der Verfahrensweise.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt der Vorsitzende folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit empfiehlt dem Kreisausschuss und dem Kreistag, die Neufassung der Satzung über die Wahrnehmung von Sozialhilfearbeiten im Landkreis Trier-Saarburg und der Satzung über die Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) im Landkreis Trier-Saarburg nach Anhörung der Verbandsgemeinden zu beschließen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer.

Der Vorsitzende:

Der Vorsitzende:

(Kreisbeigeordneter Helmut Reis)

(Landrat Günther Scharz)

Der Protokollführer:

(Engelbert Klassen)